

Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989*

Eberhard Tiefensee

Die Geschichte der Katholischen Studentengemeinden (im folgenden: KSGn) in der SBZ und in der DDR ist noch nicht geschrieben, die Archive auf nicht-kirchlicher Seite sind erst allmählich zugänglich. Meine begrenzte Perspektive ist die des Studentenpfarrers in Leipzig von 1987-91 und ab 1988 auch des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der KSGn auf DDR-Ebene. Die Entwicklung nach 1991 habe ich nur noch sporadisch verfolgen können. Wenn im folgenden die Leipziger Sicht auf das Ganze vorherrscht, so ist das insofern vertretbar, als Leipzig in der Regel zugleich den Vorsitz unter den ostdeutschen KSGn hatte.

Zur Geschichte von 1945 bis 1989

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gibt es 22 KSGn an fast allen Orten, wo sich Universitäten, Hoch- und Fachschulen befanden. Nur die größeren Gemeinden haben einen hauptamtlichen Seelsorger, sonstige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind kaum vorhanden. Während in Westdeutschland neben den Studentengemeinden die durch die nationalsozialistische Gleichschaltung aufgelösten katholischen Hochschulverbände und Studentenverbindungen wiedererstand, war im Osten nur die Fortsetzung der schon im Dritten Reich bewährten Studentenseelsorge auf Gemeindebasis möglich. Mit zunehmendem SED-Einfluß mußte die anfängliche Hoffnung auf eine direkte Präsenz an den Hochschulen aufgegeben werden.

Anfangs wurde der Leipziger Studentenpfarrer noch zu den akademischen Feiern offiziell eingeladen. Nun sollte der Titel "Studentenpfarrer" als hochschulpolitisch bedenklich verboten werden; es war unmöglich, wie in der Zeit der Weimarer Republik Räume der Hochschulen für akademische Veranstaltungen, die die Gemeinden organisierten, zu nutzen; öffentliche Werbung war

* erstveröffentlicht in hso 2/1993

unerlaubt. KSGn galten als "Hort der Reaktion", der sich z.B. der erstrebten 100%igen FDJ-Mitgliedschaft aller Studierenden entgegenstelle; KSG-Mitglieder mußten mit Nachteilen bis hin zu Exmatrikulationen rechnen.

Der Rostocker Studentenpfarrer Hermann Jansen kam 1949 für fast acht Jahre wegen angeblicher Spionagetätigkeit ins Zuchthaus. In den 60er Jahren protestierte der Leipziger Studentenpfarrer Wolfgang Trilling in einem auch allen KSGn zugesandten Offenen Brief an den Staatssicherheitsdienst gegen zunehmende Versuche, KSG-Mitglieder als Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben: Die Denunziation von Gemeindefmitgliedern widerspreche sowohl humanistischen als auch christlichen Maßstäben des Miteinanders, außerdem seien die Veranstaltungen öffentlich; Angeworbene sollten um ihrer eigene Sicherheit willen mit den Seelsorgern Kontakt aufnehmen. Jedoch noch 1986 standen die Studentengemeinden beider Kirchen auf einer Leipziger Stasi-Liste der zu observierenden kirchlichen Gruppierungen an erster Stelle. Dies voraussehend gaben die KSGn allen neuen Mitgliedern zu Studienbeginn entsprechende Verhaltensregeln für mögliche Stasi-Kontakte. In den Gemeinden selbst galt die Regel: "Vorsicht, aber nicht Mißtrauen".

Gemeinden als Schulen der Demokratie

Die KSGn regeln ihre internen Probleme selbst auf demokratischer Basis durch die von den Studierenden gewählten und geleiteten Gemeinderäte. Die entsprechenden Gremien auf überregionaler Ebene sind die Konferenzen der aus den Gemeinden gewählten Sprecher und Sprecherinnen einerseits und der Pfarrer und Mitarbeiter andererseits. Ihnen ist ein Zentraler Arbeitskreis aus Mitgliedern beider Konferenzen als exekutives Instrument zugeordnet. Alle diese Gremien organisieren auf ihren jeweiligen Ebenen die Programmgestaltung, regeln Personalfragen und erarbeiten nötigenfalls Strategiepapiere zu anstehenden Themen (die vor 1989 meist innerkirchliche Fragen behandelten).

Entsprang dieses Vorgehen zunächst mangels hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und aufgrund ständiger Fluktuation der Notwendigkeit, das Leben der Gemeinden beständig regeln und leisten zu müssen, so gab es einen weiteren Grund: Diese Gremien waren bewußt auch als Schule der Demokratie gedacht. Deshalb wurden die demokratischen Verfahren oft sehr genau eingehalten und die Mitgliedschaft z.B. im Gemeinderat zeitlich begrenzt, damit möglichst viele im Laufe ihres Studiums mitarbeiten konnten. Dieses

Learning by doing trug nach dem 1989er Umbruch unverhoffte Früchte (Wolfgang Thierse/SPD sei als prominentes Beispiel genannt).

Programm: "Kirche an der Hochschule"

Die Studentengemeinden konnten bis 1989 ihre eigentliche Aufgabe, Kirche an der Hochschule zu sein, nur ausschließlich über ihre Mitglieder leisten. Aber sie waren Orte, an denen sich vorrangig, jedoch nicht nur Studierende katholischen Glaubens zusammenfanden. Für manche waren sie zunächst Fluchtburgen, in denen sie unter Gleichgesinnten den zuweilen notwendigen Rückhalt angesichts der Situation in Hochschule und Wohnheim fanden. Das entspricht dem ursprünglichen Impuls, der zum Aufbau einer kirchlichen Studentenseelsorge Anfang des Jahrhunderts führte: Studenten soll außerhalb ihres gewohnten Milieus ein ihrer Situation angemessener Zusammenhalt gegeben werden. Versuche, auch nicht-studierende Universitätsangehörige einzubeziehen, waren selten erfolgreich. Die Schwerpunkte der Tätigkeit blieben auch nach 1945 das gemeinsame Leben als Christen am Hochschulort, die Reflexion des bisherigen Glaubens auf einem der Studiensituation entsprechendem Niveau durch Vorträge und Arbeitskreise, und - soweit möglich - das Engagement an der Hochschule und in der Gesellschaft, hier besonders im sozialen Bereich (durch Nachbarschaftshilfe, Krankenhauseinsätze u.ä.).

Unter den Bedingungen einer auf möglichst totale Gleichschaltung gerichteten SED-Hochschulpolitik ergaben sich zusätzliche Akzente. Viele Studierende suchten zu Beginn ihres Studiums in den Gemeinden Rat und Rückhalt, wenn sie in Entscheidungssituationen und Gewissenskonflikte gerieten, z.B. durch die Reserveoffizier-Anwärter-Werbung. Die KSGn suchten den Ausfall des Studium generale an den Hochschulen durch wöchentliche Abendvorträge mit anschließenden Diskussionen und Arbeitskreise zu kompensieren. Sie behandelten auf Wunsch ihrer Mitglieder daher mehr Fragen aus Kunst und Literatur, Philosophie und Geschichte, Psychologie und Soziologie als theologische und kirchliche Themen. Als Referenten wurden Künstler und möglichst kompetente Fachleute eingeladen; sie kamen aus kirchlichem Hintergrund oder standen ihm nahe, doch gelang es zuweilen auch, nichtchristliche Hochschulkräfte anzusprechen. Der marxistisch-christliche Dialog kam in den Studentengemeinden in Gang, als sich die marxistische Seite besonders in den 80er Jahren zu öffnen begann.

Die Veranstaltungen in den Gemeinden waren öffentlich und wurden trotz eingeschränkter Werbemöglichkeit auch von nichtchristlichen Studierenden genutzt. Anziehend wirkte, daß staatlicherseits tabuisierte Themen angesprochen und ausgegrenzte Referenten eingeladen wurden. In den 80er Jahren kam es örtlich zu rückläufigen Teilnehmerzahlen, wenn die Studentenklubs zunehmend ein den KSGn ähnliches Veranstaltungsprofil entwickelten. Inwieweit diese darin Vorbild waren, wäre zu prüfen. Die KSGn beheimaten auch Arbeitskreise und Initiativen auf sozialem Gebiet und zur Dritte-Welt-Problematik, z.B. die "Action Five", deren Mitglieder sich zu einer regelmäßigen fünfprozentigen Spende ihres Stipendiums verpflichten.

Obwohl sie sich zuweilen bis in die Gemeinderäte hinein einbringen, bleiben ausländische Studierende doch relativ seltene Veranstaltungsgäste. Das liegt wohl an der dort vorherrschenden verbalen Kommunikation und an der Sprunghaftigkeit studentischer Kontakte. Die familiäre Atmosphäre, die gesucht wird, ist so schwer zu finden. Früher wirkten auch gezielte Desinformation und Furcht vor Repressionen im Hochschulbereich erschwerend. Neue Kontakte entstehen jetzt dadurch, daß die KSGn Stipendien für ausländische katholische Studenten vermitteln können und zuweilen in Geldnöten aushelfen.

Zusammenarbeit mit anderen Studentengemeinden

Die Evangelischen und Katholischen Studentengemeinden arbeiten vor Ort und überregional zusammen. Das örtliche Programm wird überall gemeinsam veröffentlicht, regelmäßig finden gemeinsame Vortragsveranstaltungen, Wochenenden, Arbeitskreise, Gottesdienste und Feste statt. Dazu halten auf allen Ebenen die entsprechenden Gremien durch Konferenzen die notwendigen Kontakte. Die Motivation für dieses Miteinander ist der gemeinsame christliche Glaube, aber auch die gemeinsame Situation, Christen in der Minderheit am Hochschulort zu sein.

Eine schwerlich zu überschätzende Komponente der angestrebten Horizontweiterung waren die Kontakte zu den weit über 60 westdeutschen Hochschulgemeinden (die Fachhochschulgemeinden nicht gerechnet), die alle DDR-KSGn hatten. Beiderseitige Partnerkreise bereiteten die in der Regel halbjährlichen Treffen (meist während der Leipziger Messe) vor, bei denen über die persönliche Kontaktaufnahme hinaus auch thematisch gearbeitet wurde. Dabei wurden selten reine Ost-West-Fragen, sondern die auch sonst in den KSGn prä-

senten Themen behandelt; so bekamen diese Treffen zuweilen einen Hauch des Alltäglichen, auch wenn im Unterschied zu anderen Gemeindeveranstaltungen konspirative Regeln eingehalten werden mußten, um die DDR-Teilnehmer vor möglichen Folgen in der Hochschule zu schützen. Die Partnergemeinden versorgten bei dieser Gelegenheit die Bibliotheken, die alle Gemeinden haben, mit sonst unzugänglicher Literatur.

Auch auf überregionaler Ebene gab es feste Kontakte mit ähnlichem Programm zwischen den gleichrangigen Gremien. An Veranstaltungen außerhalb der DDR konnten nur die Studentenseelsorger im begrenzten Umfang teilnehmen.

Der Herbst 1989

Zwar gab es zuweilen politische Aktionen wie z.B. 1968 anlässlich der Sprengung der Universitätskirche Leipzig, was Anfang der 70er Jahre zu Verhaftungen auch im Bereich ehemaliger KSG-Mitglieder führte. Die rigide Zulassungspraxis hatte jedoch kaum aufmüpfige Querdenker an die DDR-Hochschulen und damit auch in die KSGn gebracht.

Die katholischen Studierenden reagierten daher 1989 zunächst wie ihre Kommilitonen, die im Unterschied zu China und zur CSSR anfangs wenig in Erscheinung traten. In den Gemeinden ging in der DDR-spezifischen Weise dieser "Revolution" zunächst der Alltag weiter. Doch trotz Exmatrikulationsandrohungen nahmen auch katholische Studenten und Studentinnen an den Friedensgebeten und an den gefährlichen Demonstrationen im September/Oktober 1989 teil. Später bildete sich in der Leipziger KSG ein spezieller Arbeitskreis, und waren es zuerst KSG-Demonstrationsteilnehmer, die die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Vormachtstellung der SED forderten. KSG-Mitglieder wurden in die neuen Gremien der Hochschulen gewählt; KSG-Kontakte zu den neuen Rektoren, öffentliche Werbung und das Anmieten von Räumen wurden ermöglicht. Am Runden Tisch der Jugend in Berlin waren die Gemeinden beider Kirchen vertreten, die KSG-Vertreterin saß auch als Beobachterin am Zentralen Runden Tisch. Durch schriftliche Interventionen und Gespräche mit Regierungsmitgliedern beider deutscher Regierungen versuchten Vertreter der KSGn auf Studenten betreffende Entwicklungen Einfluß zu nehmen.

Die Partnerkontakte mit westdeutschen Gemeinden, die nun ergänzend in Ost-West-Richtung ausgebaut werden konnten, halfen entscheidend bei der

Orientierung in den neuen Verhältnissen. Waren sie schon vor der Maueröffnung für die Studenten, die seltene Nutznießer der Verwandtschaftsreise-Regelungen der DDR wurden, gastfreundliche Orte, so verstärkte sich das um ein Vielfaches. Das katholische Cusanus-Studienförderwerk ermöglichte es unbürokratisch noch vor der Wiedervereinigung, daß fähige KSG-Mitglieder zeitweise außerhalb der DDR studieren konnten. Studentengemeinden luden ostdeutsche Studierende ein, für kurze Zeit bei ihnen mitzustudieren, um ihre Verhältnisse kennenzulernen.

Die Aufnahme ostdeutscher Vertreter in die überregionalen deutschen und europäischen Gremien der hauptamtlichen Mitarbeiter als auch der Studierenden wurde als längst fälliger Akt vollzogen, bald waren sie auch in den Wahlgremien repräsentiert. Mit Hilfe westdeutscher Erfahrungen konnte Licht in die unterschiedlichen kirchlichen und staatlichen Förderungsmöglichkeiten gebracht werden; bisher war die Finanzierung der Studentenseelsorge allein über die Berliner Bischofskonferenz und die Ortsbischöfe erfolgt.

Ein besonders beachtetes Signal war nach der Wiedervereinigung der sofortige Beitritt der Westberliner Hochschulgemeinde zur "Region Ost", wie sich der Bereich der Berliner Bischofskonferenz jetzt nennt.

Neue Entwicklungen

Inzwischen gibt es hauptamtliche Mitarbeiter aus Westdeutschland in den ostdeutschen KSGn - und umgekehrt. Das Verhältnis gestaltet sich wie überall auch in den KSGn nicht unproblematisch, was besonders solche Wanderer zwischen den Welten erfahren müssen. Die westdeutschen Gemeinden haben einen informelleren Charakter und legen mehr den Akzent auf Arbeits- und Interessenkreise als auf den Gemeindezusammenhalt; die studentische Mitbestimmung und Mitarbeit sind aufgrund der besseren personellen Ausstattung von geringerer Bedeutung; soziales und politisches Interesse und Engagement der Studierenden sind ausgeprägter als im Osten, der dafür zuwenig Raum gab. Aufgrund ihrer zumeist volkikirchlichen Sozialisation ist die Stellung westdeutscher Christen zu ihren Kirchenleitungen spannungsreicher als die der Minderheitschristen im Osten.

Die frühere Ost-West-Partnerarbeit auf Gemeindeebene reduziert sich zunehmend auf die Fortsetzung persönlicher Kontakte. Einschneidende Veränderungen sind aber in den KSGn selbst bisher nicht zu bemerken - das betrifft die

Strukturen, die Programmgestaltung, die personelle Ausstattung sowie die Quantität und Zusammensetzung der KSG-Mitglieder. Die Veränderungen liegen eher im Bereich des Atmosphärischen: Es gibt das Gefühl der Befreiung von einer vorher latenten, durch vielseitige Bedrückungen bewirkten - stimulierenden und kräftezehrenden - Anspannung bei nun gleichzeitig schwindender Gemeinsamkeit durch den Verlust der Besonderheit.

Die KSGn, durch ihren genuinen Auftrag aufgefordert zur Öffnung gegenüber einem nun unbegrenzt breiter gewordenen Publikum an den Hochschulen, herausgefordert durch die Anfragen und Anregungen in einer weiter gewordenen Welt, stehen vor der Entscheidung, ob diesen Herausforderungen zu folgen oder dem Drang nachzugeben ist, denen einen Ort intimen Miteinanders zu retten, die vornehmlich Harmonie und Gleichgesinnte suchen.

Sich politisch engagierende Studierende sind auch unter Katholiken dünn gesät. Umstritten ist, ob die Gemeinden als solche einen politischen Auftrag haben. Tendenziell läßt sich eine Annäherung an westdeutsche Muster ausmachen: mehr Kreise und weniger Großveranstaltungen, weniger Gemeindebewußtsein und mehr interessengelenkter Gemeindekontakt, weniger Engagement in Gremien und stärkere Fluktuation durch Studienplatzwechsel u.ä. Andererseits besteht der ausgeprägte Wunsch, den auch nach dem Herbst 1989 unverändert gebliebenen Minderheitsverhältnissen Rechnung zu tragen und die diesen angepaßten und bewährten 'Ost'-Strategien und Strukturen beizubehalten: Betonung eines christlichen Eigenprofils, stabile Zusammenarbeit mit der evangelischen Seite, Zusammenhalt in den Gemeinden, angesichts der ostdeutschen Lage besondere Beachtung weltanschaulicher Fragen im Veranstaltungsprogramm. Die zukünftige Gestalt der Katholischen Studentengemeinden ist noch nicht abzusehen.